

1. August 2008

www.kas.dewww.kas.de/israel

Ministerpräsident Olmert kündigt Rücktritt an, bleibt aber vorläufig im Amt

Am Abend des 30. Juli 2008 gab Ministerpräsident Ehud Olmert bekannt, dass er nicht als Kandidat für interne Vorwahlen in der Kadima-Partei antreten wird. Außerdem kündigte er an, dass er in dem Moment von seinen Ämtern zurücktritt, in dem es einen Nachfolger als Parteiführer geben wird. Bis dieser neue Parteiführer eine neue Regierung formen kann oder es Neuwahlen zur Knesset gibt, kann noch einige Zeit vergehen. Bis dahin bleibt Ehud Olmert Ministerpräsident mit allen Vollmachten. Unmittelbare innenpolitische Veränderungen dieser Entscheidung halten sich deshalb in Grenzen.

Vorgeschichte

Ehud Olmert galt seit dem Libanon-Krieg vor zwei Jahren politisch als geschwächt, vor allem aufgrund verschiedener Untersuchungen nicht nur im Zusammenhang mit dem Krieg. Zunächst wurde ihm in strafrechtlich relevantes Fehlverhalten vorgeworfen, allerdings bis jetzt kein Verfahren gegen ihn eröffnet. Es ging bei den Vorwürfen gegen ihn u.a. um unsaubere Immobiliengeschäfte (u. a. „Cremieux-Affaire“), politische Besetzungen von Ämtern während seiner Zeit als Industrieminister, schließlich die Annahme von mehreren hundert Tausend Dollar in bar („Talansky-/Briefumschlag-Affäre“) sowie die mehrfache Abrechnung von dienstlichen Reisen zur Finanzierung von privaten Reisen („Olmertours-Affäre“). Vor allem die letzten beiden Vorwürfe haben noch einmal die Stimmung entscheidend gegen Olmert kippen lassen. Außerdem musste sich Ehud Olmert einer politischen Untersuchung stellen-

von der so genannten Winograd-Kommission, welche das Regierungsverhalten im jüngsten Libanonkrieg untersuchte. Diese Untersuchung endete im Februar 2008 mit einem Bericht, welcher der Regierung Olmert vor allem aufgrund von völlig unzureichenden und unklaren Entscheidungsstrukturen die Hauptverantwortung für das Nichterreichen der Kriegziele und das Scheitern der israelischen Armee gab. Der Generalstabschef zog selbst die Konsequenz und trat noch vor Veröffentlichung des Abschlußberichtes zurück. Die Koalitionspartei Israel Beteinu verließ die Koalition. All dies setzte Olmert weiter unter Druck. Dennoch gelang es ihm, Mehrheiten in der Knesset für seine Regierung zu halten, nicht zuletzt weil niemand außer dem Likud Interesse an Neuwahlen hatte.

Der Chef der Arbeitspartei Ehud Barak hatte bereits mehrmals den Rückzug aus der Koalition angekündigt – z.B. vor der Veröffentlichung des Winograd-Berichts zur Untersuchung der Regierungstätigkeit während des jüngsten Libanon-Krieges, diesen Rückzug aber dann jeweils nicht vollzogen. Hauptgrund war, dass ein Rückzug aus der Koalition Neuwahlen provoziert hätte, in welchen die Arbeitspartei Verluste hätte hinnehmen müssen. In seiner eigenen Partei verlor Barak wegen seiner Unentschlossenheit immer mehr an Glaubwürdigkeit.

Die Entscheidung

Am 25. Juni 2008 sollte es auf Betreiben der Opposition zu einer Abstimmung in der Knesset über die Auflösung der Knesset kommen. Die Mehrheiten für eine Auflösung

1. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/israel

der Knesset und Neuwahlen galten bereits als gesichert, nachdem auch die Arbeitspartei nach interner Abstimmung sich dafür aussprach. Im letzten Moment hatte Ehud Olmert allerdings den Chef der Arbeitspartei Ehud Barak überzeugen können, seine Unterstützung für die Auflösung zurückzuziehen, musste Ehud Barak dafür aber interne Wahlen in Kadima noch vor den hohen Feiertagen im Herbst fest zusagen. De facto hatte Ehud Barak damit der Kadima-Partei ein internes *impeachment*-Verfahren, eine Absetzung von Olmert, aufgezwungen.

Für das Abhalten von internen Vorwahlen mussten die Statuten von Kadima geändert werden. Olmert hatte noch versucht, diesen Prozess zu nutzen, um Vorwahlen zu verhindern, insbesondere durch die Verhinderung des notwendigen Quorums. Als jedoch klar wurde, dass Vorwahlen angesetzt werden, blieb lange offen, ob Olmert kandidieren würde oder nicht. Dies wollte Olmert vor allem von einer Anhörung und einem Kreuzverhör des Kronzeugen in der „Briefumschlag-Affäre“, Moshe Talanski, am 17. Juli abhängig machen. Es wurde von Beobachtern spekuliert, dass Olmert dieses Kreuzverhör nutzen wird, den Zeugen in Frage zu stellen und die Stimmung zu seinen eigenen Gunsten zu kippen. Außerdem wollte er so die Eröffnung eines Verfahrens gegen ihn verhindern. So hätte er aussichtsreich in die Vorwahlen gehen können.

Politische Beobachter sahen auch politische Schritte Olmerts, wie etwa die Waffenruhe mit der Hamas im Gazastreifen und die Vereinbarung mit Hizbollah zum Austausch der toten israelischen Soldaten mit dem Terroristen Sami Kuntar und weiteren Terroristen in diesem Kontext: politisches Kapital zu gewinnen, um die Aufmerksamkeit von den Untersuchungen abzulenken.

Die Untersuchung gegen ihn wurde jedoch nicht gestoppt, auch wenn noch nicht endgültig klar ist, ob und wann es ein Verfahren gegen ihn geben wird. Sollte ein Verfahren gegen Olmert eröffnet werden, wird er unmittelbar als Ministerpräsident zurücktreten – nicht erst, wenn sein Nachfolger in der Kadima gewählt ist.

Für seine Entscheidung nicht zu kandidieren nutzte er den letzten Sitzungstag der Knesset vor der langen Sitzungspause bis nach den hohen Feiertagen, aber auch die Abwesenheit von Tzipi Livni und Ehud Barak, welche sich auf einer Auslandsreise in Washington befanden.

Weitere Schritte

Die internen Vorwahlen innerhalb von Kadima sind für den 17. September 2008 angesetzt. Sollte kein Kandidat auf die notwendigen 40% kommen, wird es eine Stichwahl am 24. September geben. Etwa 60.000 Mitglieder von Kadima sind zur Wahl aufgerufen, erwartet werden am Ende mindestens 30.000 Wähler.

Grundfragen für den Ausgang wird sein: Wer kann eine Koalition zur Weiterführung der Regierung unter Führung von Kadima sicherstellen? Wer kann in den nächsten Wahlen Mehrheiten bringen? Wird Kadima bei nächsten Wahlen überhaupt eine Chance eingeräumt?

Antreten werden Tzipi Livni, derzeit Vize-Ministerpräsidentin und Außenministerin. Ihr und Shaul Mofaz, derzeit Transportminister und früherer Generalstabschef und Verteidigungsminister, werden die besten Chancen ausgerechnet. Innenminister Meir Shitreet und Sicherheitsminister Avi Dichter gelten als abgeschlagen.

Sind die Mitglieder von Kadima eher optimistisch und glauben an eine Chance für die Partei bei den nächsten Wahlen, hilft dies wahrscheinlich Tzipi Livni. Sie hat in der Öffentlichkeit die besten Werte. Wird die Wahl aber bereits als an den Likud verloren angesehen – dies zeigen die meisten Umfragen der letzten Wochen, die allerdings angesichts der langen Zeit vor möglichen Neuwahlen nur mit höchster Vorsicht zu sehen sind –, hilft dies wohl eher Mofaz. Er gilt als stärker innerhalb der Partei und wird auch von vielen als der Gesehene, der die Weiterführung der Koalition sicherstellen kann. Allerdings polarisiert Mofaz auch stärker als Livni. Es wird deshalb innerhalb der Partei befürchtet, dass vor allem die Unterstützer Livnis

1. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/israel

bei einem Sieg Mofaz' aus der Partei ausbrechen könnten.

Nach den internen Kadima-Vorwahlen hat der neu gewählte Parteichef 90 Tage für Regierungsbildung. Misslingt diese, werden automatisch Neuwahlen für die Knesset angesetzt, welche nach weiteren 90 Tagen durchgeführt werden müssen.

Auswirkungen

Olmert bleibt also zunächst weiter Ministerpräsident, es gibt kaum unmittelbare Auswirkungen: erst muss ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden und dieser in der Lage sein, eine neue Regierung zu formen. Ob dies gelingt, ist mehr als unsicher. Gelingt dies nicht und werden Neuwahlen angesetzt, bliebe die Regierung Olmert weiter übergangsweise im Amt. Es kann also nach der Vorwahl Ende September noch bis zu einem halben Jahr dauern, bis Olmert tatsächlich abtritt. Die israelische Regierung befindet sich solange in einer Transitionsphase.

Vorläufig behält Olmert alle Vollmachten eines Ministerpräsidenten und hat angekündigt, dass er die Verhandlungen mit Syrien und dem Chef der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde, Machmud Abbas, weiterführen wird. Abbas, der seinerseits als äußerst geschwächt gilt, hat ebenso die Weiterführung der Gespräche angekündigt, die schließlich nicht nur von Olmert, sondern von Treffen zwischen Tzipi Livni und dem palästinensischen Verhandlungsführer Ahmed Qurei sowie regelmäßigen Treffen der technischen Arbeitsgruppen getragen werden. Allerdings hat Abbas angekündigt, dass bis Ende des Jahres eine Einigung erzielt werden müsse – „andernfalls würde die palästinensische Seite ihre Strategie überdenken“. Ahmed Qurei sagt offener, dass dann die Schaffung eines palästinensischen Staates nicht mehr verfolgt werde, sondern eine „Ein-Staaten-Lösung“ (die aufgrund der demographischen Entwicklung das Ende des jüdischen Staates bedeuten würde). Entscheidendes Problem aus israelischer Perspektive ist, dass für die Schaffung eines palästinensischen Staates das Gewaltmonopol nicht sichergestellt

werden kann, was nicht erst seit den letzten blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hamas und Fatah im Gazastreifen sichtbar geworden ist. Außerdem kann nicht sichergestellt werden, dass dieser palästinensische Staat nicht eine terroristische Bedrohung für Israel darstellt. Diese Probleme sind unabhängig von der innenpolitischen Stellung der israelischen Verhandlungsführer.

Auch die derzeit festgefahrenen Verhandlungen mit der Hamas-Regierung im Gazastreifen zur Freilassung des entführten Soldaten Gilad Shalit will Olmert fortsetzen.

Die eigentliche Herausforderung aus israelischer Perspektive sind derzeit aber nicht die Palästinenser, sondern die Bedrohung durch den Iran, der nach der Atombombe strebt und dessen Präsident Ahmadinedjad Israel bereits mehrmals mit der Auslöschung gedroht hat. Die Anzeichen für die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens vonseiten Israels nehmen zu, auch wenn unklar bleibt, ob dies in dieser innenpolitischen Situation realistisch ist.

Ausblick

Insgesamt ist also sowohl die innen- als auch die außenpolitische Lage Israels sehr angespannt. Innenpolitisch werden die nächsten Monate von der Auseinandersetzung um die Nachfolge von Olmert sowie von den Kämpfen zwischen den beiden Haupttrivalen bei möglichen Neuwahlen Kadima und Likud gekennzeichnet sein. Außenpolitisch wird man sich bemühen, Fortschritte mit Syrien zu erreichen, auch um Iran politisch weiter zu isolieren. Ob es einen Militärschlag gegen den Iran geben wird, hängt auch von diesen Verhandlungen ab sowie weiteren Schritten, die USA, die EU und UN planen, um Iran an der Entwicklung von Nuklearwaffen zu hindern. Die kürzliche Affäre um das Gasgeschäft eines deutschen Unternehmens mit Iran hat sich da eher negativ ausgewirkt. Die Verhandlungen mit den Palästinensern werden fortgesetzt werden, aber möglicherweise aufgrund der anderen brennenderen Fragen mit geringerer Intensität.